

derprüche, die in unserer Verfassung heute enthalten sind. Einerseits der Grundgedanke der Gewissens-, Kantens- und Glaubensfreiheit und andererseits wieder die einschränkende Bestimmungen.

Der Standpunkt, wie ihn der klerikale Regierungsrat und Nationalrat Leusser und neben ihm eine führende Persönlichkeit des Kantons Argau, Landammann Keller und einige andere, die in die kirchenpolitischen Kämpfe ihrer Kirche verwickelt waren, in der Bundesversammlung und der Revisionskommission vertreten hatten, fanden Widerspruch nicht bloß auf Seiten der katholischen-konservativen Fraktion, sondern aus der Mehrheitspartei heraus. Keiner zitiert charakteristische Stimmen. So den liberalen Vertreter aus der Uri, Ständerat Hermann, aus Schwanden, der solchen Auffassungen und Tendenzen entgegentrat. Er wendete sich gegen die Erweiterung des Jesuitenartikels und gegen das Verbot der Erziehung neuer Klöster und erklärte: Diese Bestimmungen sei der Ausdruck eines nicht gerechtfertigten Staatskirchentums, sie richte sich zudem einseitig nur gegen eine Konfession und habe etwas gehässiges an sich. Darum verlangte Ständerat Hermann, daß solche Bestimmungen, welche eine ganze Konfession gegen die Verfassungsrevision in die Schranken rufen müßten, vermieden werden.

Auch zwei Vertreter eines paritätischen Kantons, die Vertreter des Kantons Glarus, der in der eigenständigen Politik hoch angesehene Ständerat Blumer, der spätere Bundesrichter und Nationalrat Herr Iratzen ebensfalls solchen Forderungen auf Einschränkung der konfessionellen Freiheit entgegen. Ständerat Blumer, Präsident der Subkommission, der sich mit diesen Artikeln zu befassen hatte, erklärte damals, als das Verbot der Klöster in Behandlung trat: „Das Verbot zur Gründung neuer Klöster ist unlogisch und eine Halbheit. Entweder sind die Klöster staatsgefährlich oder nicht. Im ersten Falle müßte man weitergehen und sie aufheben. Sie sind nicht staatsgefährlich, so widerpricht das Verbot der soeben proklamierten Religionsfreiheit. Blumer führte damals noch an, daß gerade in jenem Moment im Kanton Zürich von einer kirchlich-gesinnten Partei neben dem staatlichen Lehrerseminar ein freies Lehrerseminar geschaffen worden sei, zum Zweck, die kirchliche Auffassung dieser Kreise auch zu propagieren. Niemand schreibt dagegen ein. Was der protestantischen Konfession hier gekollert sei, warum solle man das nicht auch der katholischen Konfession gestatten. Im gleichen Sinn sprach sich auch ein Vertreter des Kantons St. Gallen, Ständerat Mores, später Bundesrichter, aus. Er sei gegen das Klosterverbot, überhaupt für vollständige Freiheit. Die konfessionellen Fragen sollen dem rein kirchlichen Gebiet und den einzelnen Konfessionen überlassen bleiben.

Es ist nicht uninteressant, zu konstatieren, daß die beiden Verfasser des Handbuchs des schweizerischen Bundesstaatsrechts, die Bundesrichter Blumer und Mores, als Mitglieder des Ständerates bei Beratung dieser Ausnahmestimmungen sich gegen die Aufnahme eines Klosterverbotes ausgesprochen hatten und es war ja dann auch im ersten Entwurf des 1872er Verfassungsentwurfes nicht aufgenommen worden, sondern erst bei der gesteigerten kirchenpolitischen Leidenschaft, die im Jahre 1873 zur Zeit der Verfassungsrevision namentlich noch ging, fand dieses Verbot Aufnahme in den Verfassungsentwurf vom Jahre 1873/74. Auch außerhalb des Parlamentes, in freisinnigen Kreisen fand man nicht ohne gewisse Anzeichen an solchen staatskirchlichen Tendenzen, an der Einmischung des Staates in konfessionelle Fragen und in innere Angelegenheiten der Konfession.

Chronik der deutschen Nationalversammlung.

Bei der Berichterstattung des Reichsministers Erzberger über die Verhandlungen in Trier rief die Mitteilung, daß Wilson diese Bedingungen gebilligt habe, besonders Aufsehen hervor. Erzberger schloß seinen Bericht: Wichtig ist, daß nach den Verhandlungen der Alliierten auch die Polen jede militärische Bewegung gegen Deutschland einstellen werden. Hoch hat sich bereit erklärt, meine Note über die sofortige Freigabe der deutschen Kriegsgefangenen bereits heute dem obersten Kriegsrat der Alliierten zu übergeben. Zu meinem Bedauern ist es nicht gelungen, irgendwelche definitive Zusagen über die sofortige Freilassung zu erlangen. (Bewegung.) Auf meine Anfrage erhielt ich schließlich von der Regierung den Auftrag das Abkommen zu unterzeichnen, aber vorher Hoch, das bereits bekanntgegebenen Protokollschreiben zu übergeben. Erzberger schließt: Das ist die wertvollste und traurigste Tatsache, die ich aus Trier mitzubringen habe. Alle Welt weiß, daß Deutschland einen neuen Krieg nicht führen

lann, noch will. Man kann uns wehrlos machen aber darf uns nicht ehelos machen.

Präsident Fehrenbach: Wir alle stehen unter dem Eindruck der Mitteilung, die uns Minister Erzberger über die Verhandlungen gemacht hat. Das ganze deutsche Volk ist von schwerer Sorge über diese Waffenstillstandsbedingungen und ihre Folgen erfüllt (allgemeine Zustimmung). Fehrenbach schlägt darum vor, die allgemeine politische Aussprache zu vertagen und am Dienstag eine allgemeine Aussprache über das neue Abkommen stattfinden zu lassen. Die allgemeine Aussprache über die politischen Angelegenheiten soll am Mittwoch fortgesetzt werden.

Der endgültige Waffenstillstandsvertrag.

An der Pariser Konferenz der Großmächte referierte am Montag Hoch über die neuen Waffenstillstandsbedingungen. Der Schluß der Deutschen hinsichtlich der demarkationslinie wird der inaktualisierten Konferenz in Warschau übertragen. Ein Telegramm, das die Polen auffordert, keine Angriffe gegen deutsches Gebiet zu unternehmen, wurde am gleichen Abend nach Warschau geschickt. Zu folgenden Bestimmungen des definitiven Waffenstillstandes wird Deutschland nur eine Militärmacht von 25,000 Mann zur Sicherung des inneren Polizeibetriebes aufrechterhalten dürfen. Alles Kriegsgerät, außer dem für die Ausrüstung dieser Truppen benötigten wird der Kontrolle der Alliierten unterstellt werden, ebenso die Kriegsbetriebe. Es ist möglich, daß Hoch in der Lage ist, den Deutschen die endgültigen Bedingungen am Donnerstag oder Freitag bekannt zu geben.

Nach der Rückkehr Hochs aus Trier wird nach verschiedenen Blättern unter seinem Vorsitz eine Kommission von 8 Mitgliedern den endgültigen Waffenstillstandsvertrag ausarbeiten. Der Vertrag werde, so wird berichtet, bis Ende der Woche fertig gestellt werden. Die neuen Bedingungen würden den Bestand des deutschen Heeres und den Umfang der zulässigen Rüstungen an Waffen und Munition festlegen. Ferner werden den deutschen Armeekorps ihre Garnisonen genau vorgezeichnet.

Der britische Staatssekretär des Auswärtigen sagte, daß die Kosten für den Unterhalt der alliierten Armeen, welche die deutschen Gebiete besetzt halten, gemäß den Bedingungen des Waffenstillstandes von Deutschland zu vergüten sind. Die alliierten Regierungen gehen gegenwärtig gemeinsam an die Aufstellung der Kosten.

Die belgischen Forderungen.

Die belgische Delegation in Paris teilt folgendes Resümee der Darlegungen mit, die der belgische Minister des Auswärtigen, Hymans am 11. Februar an der Pariser Konferenz vor den Vertretern der alliierten Großmächte gemacht hat:

Der belgische Minister des Auswärtigen sagte die Notwendigkeit der Revision der Verträge vom 19. April 1839 aneinander, durch die die internationale Stellung Belgiens festgelegt wurde. Die Grundlage der Verträge von 1839 bilde die ewige und garantierte Neutralität Belgiens. Durch die Verletzung der belgischen Neutralität haben zwei Signatarstaaten des Vertrages von 1839, Preußen und Österreich, die Grundlage des Vertragsystems verletzt, auf welchem die Sicherheit des Königreichs beruht. Ueberdies konnte die garantierte Neutralität nur einen Sinn haben unter den Voraussetzungen des europäischen Gleichgewichts, das durch den Krieg gebrochen wurde. Daraus ergibt sich die Wichtigkeit, Belgien neue Garantien zu schaffen für seine Unabhängigkeit und sein Gebieten.

Der Minister des Auswärtigen legte sodann die Anzustimmlichkeiten des gegenwärtigen Standes der Schiedsfrage und des Kanals-Gebietes dar, sowie der direkten Wasserbindungen Antwerpen-Brüssel und eventuell mit dem Rhein über Mastricht und Limburg. Er drückte die Wünsche des belgischen Volkes nach einer Annäherung zwischen Belgien und dem Großherzogtum Luxemburg aus, deren Modalitäten frei vereinbart werden sollen zwischen den beiden Parteien. Er begründete sodann die Notwendigkeit der Wiedervereinigung der im Jahre 1815 zum Zweck der Vergrößerung Preußens von den alten belgischen Provinzen losgelösten Territorien, insbesondere des Gebietes von Malmédy mit Belgien. Das belgische Problem würde in seiner Gesamtheit den Mächten unterbreitet. Es würde dargelegt nach allem Gesichtspunkten, von politischen und wirtschaftlichen Standpunkt sowohl, wie vom Standpunkt der nationalen Verteilung. Das Problem wird Anlaß geben zu Verhandlungen, an denen die Großmächte, sowie die Niederlande als Signatäre des Vertrages von 1839 teilnehmen werden. Der Minister gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß diese Verhandlungen geführt in einem freundschaftlichen Geiste zu Lösungen führen werden, die ein vollkommenes Einverständnis zwischen Belgien und allen Interes-

stieren Mächten sichern werden. Die Wünsche Belgiens sind vernünftig und gemäßigt. Sie bezwecken einzig die Zukunft und die Sicherheit des Landes zu sichern. (Beifall.)

Die Wahlen in Oesterreich.

Von 265 Mandaten der deutsch-oesterreichischen Nationalversammlung gelangten gestern 162 zur Bestimmung. Die übrigen Mandate konnten infolge Besetzung verschiedener Gebiete durch Tschecho-Slowaken und Italiener nicht bestetzt werden. Gewählt wurden in Niederösterreich: 47 Sozialdemokrat., 27 Christl. soz., 8 Deutschnat., 1 Bürgerl. Demokrat., 1 Jüdischnat., 1 Tscheche. In Oberösterreich: 5 Sozialdemokrat., 11 Christl. Sozialsoz., 2 Deutschnationales, 4 Freiheits- und Ordnungspartei. Salzburg: 2 Sozialdemokrat., 3 Christl. Sozialsoz., 2 Deutschfreiheitsliche. Steiermark: 9 Sozialdemokrat., 16 Christl. Sozialsoz. und Heirischer Bauernbund, 2 Deutschdemokrat. Tirol: 2 Sozialdemokrat., 5 kathol. Bauernbund und Arbeitervereine (Christl. Sozialsozale und Konservativ), 1 Deutschfreiheitsl. Partei. In ganz Österreich wurden also gewählt 70 Sozialdemokrat., 67 Christl. Sozialsozale, 23 Deutschfreiheitsliche, 1 Jüdischnat., 1 Tschecho-Slowak.

Die Wiener Blätter konstatieren als charakteristisches Merkmal der Wahlen den überwältigenden Sieg der Sozialdemokrat., der mindestens knapp bis zur Grenze der absoluten Mehrheit in der Nationalversammlung reichen dürfte, wenn er diese Grenze nicht übersteigt. Sämtliche nicht sozialistischen Parteien erlitten Waherverluste, wobei die Christl. Sozialsozialen einen erheblichen Minderungs, dagegen die deutschnationale Strömung ein beträchtliches Anwachsen aufzuweisen hat, während die demokratischen Gruppen, insbesondere die deutschfreiheitsliche vollkommen verfielen. Die Idee der Vereinigung Deutschösterreichs mit Deutschland siegte vollständig. Im Allgemeinen geht die Umschauung der Presse dahin, daß der in der provisorischen Nationalversammlung bestandene Kompromiß zwischen Sozialdemokrat., Christl. Sozialsozialen und Deutschnationalen auch in der definitiven Nationalversammlung fortbewahrt werde, wenigstens hinsichtlich der starken Verschiebung des Kräfteverhältnisses Veränderungen in der Regierung wahrscheinlich sind. Als bemerkenswert wird hervorgehoben, daß das Wahlergebnis zeigt, daß nur stark radikale Programms auf die Wählerchaft von Einfluss waren, und daß auch die Gewählten durchwegs den radikalen Flügel ihrer Partei darstellen.

Die Sozialdemokraten feierten den Wahlerfolg durch Umzüge und Siegesfeiern in den verschiedenen Bezirken Wiens. Hierbei wurde auch der Forderung Ausdruck gegeben, daß die Sozialdemokraten in dem neu zu wählenden Wiener Gemeinderat und dem niederösterreichischen Landtag einen führenden Platz einnehmen müssen, daß ihnen insbesondere die Stelle des Bürgermeisters gehöre. Die Veranstaltungen verliefen ebenso wie der ganze Tag in vollkommener Ruhe.

Das Zentrum in Elsaß-Lothringen.

Wie der „Welt Parisien“ meldet, hat sich die erste Partei im französischer Elsaß-Lothringen das christliche Zentrum reformuliert. Eine von 300 Mitgliedern besuchte Parteiversammlung nahm eine Tagesordnung an, in der namentlich folgende Wünsche ausgesprochen wurden: Beibehaltung der konfessionellen Wehrhaltung und Arbeitseigenschaft. Die Versammlung wählte unter Hochrufen auf das französische Elsaß-Lothringen auf.

Spartalienagitation. Mühlheim (Ruhr), 18. Febr. (Hoff.)

Die Spartalisten haben im Laufe des gestrigen Vormittags alle größeren und kleineren Betriebe kitzelt. Auch die Zeitungen wurden am Erscheinung verhindert. Das Personal wurde aus den Druckereien entfernt. Um den Zugang nicht zu verhindern, wurden der Straßenbahnverkehr aufrecht erhalten. Von Essen, Düsseldorf und anderen Städten treffen zahlreiche bewaffnete Spartalisten ein, so daß Mühlheim als Zentrale der Bewegung angesehen werden kann. Der H. S. A. erklärte, daß der Generalstreik fortanern werde, bis die Truppen zurückgezogen seien. Die Arbeiter aller Zehen haben gleichfalls die Arbeit niedergelegt.

Die Lage in Nürnberg

Die Lage in Nürnberg hat sich seit gestern nicht geändert. Das Gebäude des Frankfurter Kuriers ist noch immer mit Maschinengewehren besetzt, jedoch die Zeitung nicht erschienen kann. Die Zeughauskammer wurde besetzt, der Straßenbahnverkehr stillgelegt.

Das säkliche Gesundheitsministerium hat vorgestern das gesamte sächsische Volk zur Bildung von Freiwilligen-Verbänden aufgerufen

zum Schutze des Landes gegen die Polen, die nur noch 190 km. von Dresden entfernt sind. In Bayern haben sich die Parteien über eine Regierungsbildung noch nicht einigen können. Der Streit geht um die Frage mit oder gegen Eisner — auch innerhalb des Bauernbundes.

Die Lage in Granada verschlimmert sich.

Die Manifestanten beschädigten die Bureau der Zeitung „Defensor de Granada“. Der Verhaftungszustand wurde verhängt. Die Studenten von Madrid blieben vom Kolleg fern, als Protest gegen die Ereignisse in Granada. Sie manifestierten vor dem Hause des Deputierten Cardias, des Bruders des Bürgermeisters von Granada und forderten dessen Ausweisung. Sie warfen Steine gegen den Fenster und setzten ihre Räumlichkeiten in den Straßen fort. Romanones erklärte Cardias auf eine Intervention in der Kammer, daß er diese Vorfälle bedauere. Die Abberufung des Bürgermeisters und der Regierung genügt nicht, um die Ordnung und Ruhe wieder herzustellen. (Paras.)

Der Belagerungszustand über Granada wurde aufgehoben.

Schweiz

Ausfuhrbewilligungen. Durch eine Verfügung des Schweiz. Volkswirtschaftsdepartements werden für zahlreiche Industrieartikel allgemeine Ausfuhrbewilligungen erteilt für die Ausfuhr nach Italien und Frankreich.

Jerseyung in der freisinnigen Partei. Die am Montag tagende Versammlung der Neuenburger Radikalen nahm mit Einstimmigkeit weniger 2 bis 3 Stimmen eine Resolution an, welche ihre vollständige Unabhängigkeit von der schweizerischen freisinnigen Partei ausspricht und sich alle Bewegungsfreiheit vorbehält, wenn bei der nächsten Versammlung der kantonalen Delegierten, die Abschaffung des Artikels der Statuten, der die neuenburgerische Radikale an die schweizerische Partei knüpfte, nicht zu Stande kommt. Die Versammlung protestierte gegen die Aufrechterhaltung der Vollmachten und beharrt die Faltung der Nationalräte Moissam und Leuba im Nationalrat.

Tunneldurchschlag. Am Sonntag wurde der im Jahre 1913 begonnene und auf Fr. 4,000,000 veranschlagte Tunnel von 4500 Metern Länge durchstoßen, der das Wasser des Arnon-Sees in das Rhonebecken führen wird. Das Unternehmen wurde im Auftrag der Société Romande d'Electricité ausgeführt.

Kanton Freiburg

+ Josef Anderhub.

G. Am Montag traf aus Luzern die Nachricht in Freiburg ein, daß dort Herr Josef Anderhub nach langem Leiden verschieden ist. Kann man auch seine schwache Konstitution, so ist diese Kunde doch in allen Kreisen, die den Verstorbenen kannten, schmerzliche Wunden auf. Josef Anderhub kam vor 10 Jahren nach glänzend bestandener Maturität als junger Medizinstudent an unsere Universität, um sich in stiller Arbeit seinem Berufsstudium zu widmen.

Allein selbthätig stellten sich die körperlichen Leiden ein, die sein Arbeiten fördern und wiederholt für längere Zeit unterbrechen. Aber immer wieder kehrte er nach Freiburg zurück, sobald die Gesundheit es gestattete. Anderhub gehörte nicht zu jenen, die sich rasch ein Gewandwissen erwerben wollten. Er wollte aus dem Vollen schöpfen und auch von den Bestleistungen außerhalb seiner Fakultät Nutzen ziehen. Ein vollendeter, vornehmer Charakter, genoss er bei Freunden und Vorgesetzten nur Sympathien und verdiente Hochachtung. Eine Unterhaltung mit ihm war immer anregend und gnußbringend.

Anderhub war auch frühzeitig publizistisch tätig. Seine Geschichte der Sektion Luzern des Schweiz. Studentenvereins fand allgemeine Anerkennung. Seine intermédiaire Tätigkeit als Redaktor am „Luzerner Volksblatt“ offenbarte ein vielversprechendes publizistisches Können.

Mancher Leser erinnert sich vielleicht auch noch, einen Vortrag des nunmehr Verstorbenen gehört zu haben. In einem schönen Maiensamstag des Jahres 1916 waren die Mitglieder der „Allmanina“ nach Luzern gewandert, um gemeinsam mit dem dortigen Volksverein einen Vortrag von Redaktor Anderhub zu hören über die Arbeiter-Angriffe des XIII. Seine damaligen Ausführungen verrieten eine gründliche Sachkenntnis und eine echt katholisch-soziale Auffassung. Was jubelt, wenn man von Anderhub erwartete, daß er einmal in den vorbersten Reihen der katholisch-konservativen Partei stehen würde? Nur hat es der Himmel anders bestimmt. Noch einmal wandte er sich zwar zur Alma mater um seine Studien abzuschießen. In trüblicher Stunde riefen ihn seine Freunde im Schweizerischen Studentenverein an die Spitze ihrer Organisation. An der Generalversammlung 1916 in Zug wurde er einstimmig zum Zentral-

präsidenten erkoren. Man wird er dem Vereins Präzise.

Unter dessen hatte er in gere Zeit weite, einen Vortrag erhalten, dem er sich umfänglich widmete. Daneben seine Dissertation zur Eischen Doktorwürde. Wschöpfungen aufgab, kehrtstadt Luzern zurück, wo seiner Leiden erste. In jüngerer Bruder findet vorausgegangen. Heute in der Leuchterstadt Kanten den Stolz seines nummers und die Hoffnung Genußgenossen.

Nach einmal wird akademischen Verbindungen er während seiner neuen offener Grabe raufen dem Grub seiner diesen Zeit, mit der Verjährungs-

+ Louis Astier.

Am letzten Montag fre in Freiburg der kaum Louis Astier von Luc doppelten Lungenentzündung Grippe. Der Verstorbenen Vollendung seiner ph dem Studium der The Mitglied der Kongregate la Salette, sich dem Blätter zu widmen. Genannten Missionäre Apostel und pflichtestige-

Zum Ja der Unabhängigkeits-

verammelten sich am burg die dort weiteb gemeinsamen Feiern, eingeleitet und mit beendetigt wurde. Kantonen in der Schweiz grüßungsbesuche an di in Romo.

Die Konservativen

haben auf der Delegation am letzten Sonntag, in statand, für die Erstat Rat, an Stelle des vertrat Willonell, einstimmt Herr Viktor Chaffot, gestützt. Die Erstat Sonntag, den 28. ds., Herr Großratspräsident des Bezirksamts der eidgen. und kantonalen-

Kartoffelverforgung

(Mitgeteilt vom eidgen. Das eidgen. Ernährung Kartoffelverforgung) Mission für Kartoffelverforgung der Kartoffelverforgung eingehend beraten. Die gebilligten Anträge sind die Verpflichtungung vom Herbst 191 und Nationalierung geendet werden können.

Die kantonalen und werden durch ein Au vorerst darauf zu dri von Kartoffelbezugsstehende Restquantum beziehen, und daß die Verpflichtungsbüchlein durchgeführt wird. Kantonalen und Gemeorgen, daß mildernden der Bezug der Kartomöglich wird. Die sind ermächtigt, jetzt auf 100 kg. pro Person genossliche Zentralfel Ausgleiche sorgen.

Die den Produzenten basieren auf die durch festgelegten Anläße. den-felsen den Kartorem Gebiete fest.

Zu der ersten Hälfte führung des Ernährung die Nationalierung hoden werden können Kartoffel werden. Bestimmungen selbst wird es den kantonalicht sein, weitgehend wahren, so wie es zelnen Kantone und verforgung gefastellen. Auf diesem Wegeden Uebergang zur vollziehen, unter b. heutigen Verhältnipflichtungen.

gegen die Polen, die Dresden entfernt sind, die Parteien über eine nicht ergehen können. die Frage mit über innerhalb des Bauern-

Schweiz

Am Sonntag wurde ein Volkwirtschaftsdepartement-Interpellation über die Wirtschaftspolitik der Schweiz eingeleitet. Die Interpellation wurde von der demokratischen Partei eingeleitet. Die Interpellation wurde von der demokratischen Partei eingeleitet.

Am Sonntag wurde ein Volkwirtschaftsdepartement-Interpellation über die Wirtschaftspolitik der Schweiz eingeleitet. Die Interpellation wurde von der demokratischen Partei eingeleitet.

Freiburg

Anderhub.

Auf aus Luzern die Nachrichten über die Arbeit der Kommissionen, die die Wirtschaftspolitik der Schweiz eingeleitet.

Auf aus Luzern die Nachrichten über die Arbeit der Kommissionen, die die Wirtschaftspolitik der Schweiz eingeleitet.

Auf aus Luzern die Nachrichten über die Arbeit der Kommissionen, die die Wirtschaftspolitik der Schweiz eingeleitet.

Auf aus Luzern die Nachrichten über die Arbeit der Kommissionen, die die Wirtschaftspolitik der Schweiz eingeleitet.

Auf aus Luzern die Nachrichten über die Arbeit der Kommissionen, die die Wirtschaftspolitik der Schweiz eingeleitet.

Auf aus Luzern die Nachrichten über die Arbeit der Kommissionen, die die Wirtschaftspolitik der Schweiz eingeleitet.

Auf aus Luzern die Nachrichten über die Arbeit der Kommissionen, die die Wirtschaftspolitik der Schweiz eingeleitet.

Auf aus Luzern die Nachrichten über die Arbeit der Kommissionen, die die Wirtschaftspolitik der Schweiz eingeleitet.

präsidenten erforschen. Mit höchster Eingabe widmete er dem Vereine wieder seine besten Kräfte. Unter dessen hatte er im Tessin, wo er längere Zeit weilte, einen wissenschaftlichen Vortrag gehalten, dem er sich seither mit Eifer und Umsicht widmete. Daneben vollendete er noch seine Dissertation zur Erlangung der juristischen Doktorwürde. Allein seine Kräfte erschöpften sich rasch. Er kehrte in seine Vaterstadt Luzern zurück, wo ihn nun der Tod von seinen Leiden erlöste. Seine Mutter und sein jüngerer Bruder sind ihm bereits im Tode vorausgegangen. Heute nun begleiten sie ihn in der Leichenstadt Luzern zu Grabe, ihn, den Stolz seines nunmehr vereinsamten Vaters und die Hoffnung seiner Freunde und Bekannten.

Am Freitag wurde ein Volkwirtschaftsdepartement-Interpellation über die Wirtschaftspolitik der Schweiz eingeleitet. Die Interpellation wurde von der demokratischen Partei eingeleitet.

Am Freitag wurde ein Volkwirtschaftsdepartement-Interpellation über die Wirtschaftspolitik der Schweiz eingeleitet. Die Interpellation wurde von der demokratischen Partei eingeleitet.

Am Freitag wurde ein Volkwirtschaftsdepartement-Interpellation über die Wirtschaftspolitik der Schweiz eingeleitet. Die Interpellation wurde von der demokratischen Partei eingeleitet.

Am Freitag wurde ein Volkwirtschaftsdepartement-Interpellation über die Wirtschaftspolitik der Schweiz eingeleitet. Die Interpellation wurde von der demokratischen Partei eingeleitet.

Am Freitag wurde ein Volkwirtschaftsdepartement-Interpellation über die Wirtschaftspolitik der Schweiz eingeleitet. Die Interpellation wurde von der demokratischen Partei eingeleitet.

Am Freitag wurde ein Volkwirtschaftsdepartement-Interpellation über die Wirtschaftspolitik der Schweiz eingeleitet. Die Interpellation wurde von der demokratischen Partei eingeleitet.

Am Freitag wurde ein Volkwirtschaftsdepartement-Interpellation über die Wirtschaftspolitik der Schweiz eingeleitet. Die Interpellation wurde von der demokratischen Partei eingeleitet.

Am Freitag wurde ein Volkwirtschaftsdepartement-Interpellation über die Wirtschaftspolitik der Schweiz eingeleitet. Die Interpellation wurde von der demokratischen Partei eingeleitet.

Am Freitag wurde ein Volkwirtschaftsdepartement-Interpellation über die Wirtschaftspolitik der Schweiz eingeleitet. Die Interpellation wurde von der demokratischen Partei eingeleitet.

Katholischer Männerverein.
-1- Vergangenen Sonntag veranstaltete der katholische Männerverein Freiburg im großen Saal der Staatsbank seinen Familienabend, der wiederum einen vollen Erfolg hatte. Der Zweck der Veranstaltung — der ganze Reinertrag ist wohltätigen Institutionen bestimmt, sowie ein reichhaltiges Programm hatten trotz der Unannehmlichkeiten viele Besucher angelockt. In schöner Zahl waren die Vereinsmitglieder mit ihren Familien und Vertreter der befreundeten Vereine, Gacellenvereine, Gesellenvereine usw. erschienen. Der Präsident, H. H. Neb. Pauchard entbot dem anwesenden Mitgliedern und Gönnern, wie den zahlreich erschienenen Vertretern der Studentenverbindungen — zum ersten Mal waren auch die Schinasaffektionen des Schweizer Studentenvereins erschienen — herzlich willkommen. In kurzer Rede hob er den wohltätigen Zweck hervor, den der Männerverein mit seiner Abendunterhaltung verfolgte. Mitglieder und Gönner des Vereins hatten in freudigster Weise den Gabentisch für Votto und Tombola ausgestattet, die den auch eine große Anziehungskraft ausübten.

In anerkennenswerter Weise hat die akademische Verbindung „Alemanni“ den musikalischen Teil des Programmes übernommen. Die langvollen Orchesterweihen hoben Herz und Gemüt zu feierlicher Stimmung. Die Vorträge des Männerchors lösten sich ab mit den Darbietungen der Damen. Lange noch wird man sich an das netzliche Duett „Katerl und Franzl“ und das gelungene Lied vom Vögelein erinnern.

Eine heimelige Geselligkeit verführte die wenigen Soubarden des Beisammens. Dieser hat der Abend dem Männervereine neue Freunde gewonnen und das Trüpplein der Aufrechten, die unentwegt an seinen Vorträgen und Veranstaltung teilzunehmen in ihrem Eifer neu bekräftigt.

Ohne Zweifel wird auch der künftige Erfolg des Männervereins — wie im vergangenen Jahre — ermöglichen, sein Scherlein beizubringen zur Förderung der herrschenden Rot. Der Familienabend von 1919 verdient es in den Annalen des Männervereins aufgeschrieben zu werden. Dank allen, die zu seinem Gelingen beigetragen haben.

Ein Zeugnis edler Gesinnung
hat der verstorbene Eduard Remy in Voll in seinem Testament hinterlassen, indem er zu wohltätigen Zwecken folgende Summen bestimmte: dem Wingenverein von Voll 10,000 Fr.; der Maget- u. in Freiburg 1000 Fr.; der Armenkasse von Charmey 1000 Fr.; dem Kirchengesch. der Pfarrei Voll 1000 Fr.; dem Gd. B. in Freiburg, dem Schulverein, dem Gesangverein La Chorale, der Musikgesellschaft von Voll je 500 Fr.; dem Kapuzinerkloster in Voll 300, dem H. Antoniusbröt und dem Knabenkirchchor daselbst je 200 Fr.

Zufers.
Die „Spanische“ schien dieser Winter die Lore des Musentempels endgültig verrottet zu haben. Kein Weibhauchspiel brachte etwas Abwechslung in die Zeit der langen Nächte und der schmalen Tage.

Amso freudiger folgten die Leute der Einladung, die uns am letzten Sonntag ins Vereinshaus bezieht zur Anhörung eines Vortrages über das bewegte Jahrhundert der Glaubenshaltung. 1 1/2 Stunden sprach P. D. Gerins, S. D. S., Konjunktur in Magenberg, über diesen weisheitlichen Gegenstand. In ruhigem Vortrage hat der Redner ein farbenreiches Bild dieser Zeit der Umwälzung entworfen, die mit der unserigen so vieles gemeinsam hat; auf geschichtlicher Grundlage hat er Licht und Schatten verteilt, wie es Wahrheit und Sachlichkeit fordern.

Volksuppen.
(Mitg.) Das Hilfswerk der „Volksuppen“ hat nunmehr auch die Aufgabe übernommen, mehreren hundert Schulkindern, die im Elternhaus keine genügende Nahrung erhalten, jeden Morgen vor Beginn des Unterrichtes eine Nation Suppe zu verabfolgen.

Die Schulkommission empfiehlt daher dieses Wohlthatigkeitswerk eifrig für die Freigebigkeit des Publikums.

Mittelstufe der Gasferbst

vom 18. Februar 1919

Mitteilung der Wechselstube M. Gerber Schillingstraße 15, Freiburg.

Paris	89.30	Neubank	59.50
London	76.80	Spanien	98.25
Bomben	23.21	Stettin	136.91
Berlin	83.90	Crihantha	128.60
Wien	24.40	Genähen	128.50
New-York	48.47	Suisse	45.
Holland	200.85	Brasilien	88.30

Lebens: feker für alle Drosken.

Neueste Meldungen

Mittwoch, 6 Uhr morgens.

Deutsche Nationalversammlung.

Reimar, 19. Febr. (Voll.) In der gestrigen Sitzung begründete Bögl (deutsche Volkspartei) die Interpellation Heinze über den Waffenstillstand und griff Erzberger scharf an. Die Schlüsse des Interpellationsganges im großen Saal unter.

Erzberger verteidigte sich in längeren Ausführungen davor, daß ein Vertreter der Gruppe Stines es wage von der Schuld eines Ministers zu sprechen, der für den Frieden der Verschönung eingetreten ist.

Die definitiven Wahlergebnisse in Deutschland.

Reimar, 18. Febr. ag. (Zell. Jg.) Durch das Bureau der Nationalversammlung ist nunmehr eine genaue Aufstellung über die Stärke der Fraktionen erfolgt. Es ergibt sich daraus, daß die sozialdemokratische Fraktion 163 Mitglieder, die Zentrumspartei 89, die Fraktion der Demokraten 74, die Fraktion der deutschnationalen Volkspartei 41 und 1 Sozialisten 22 Mitglieder aufweisen. 9 Mitglieder der Nationalversammlung haben sich keiner Fraktion angeschlossen. Es sind dies 3 Weissen, 5 Mitglieder des bayerischen Bauernbundes und der Landwirt Thomjen von der schleswig-holsteinischen Bauern- und Arbeiter-Demokratie.

Drohende Lage in Deutschland.

Reimar, 18. Febr. ag. (Zell. Nach.) Das Reichskabinett hat sich gestern eingehend mit der kritischen Lage im Ruhrgebiet befaßt. Nach den vorliegenden amtlichen Berichten befinden sich neun Zehntel des Ruhrreviers in den Händen der Spartakisten, die jeden Kohletransport gewaltfam verhindern.

Die Weimarer Regierungstruppen sind seit Sonntag nachmittag nach einer Weibung der Weimarer „Reußen Nachrichten“ im Warmzustand. Wie es heißt, sind wichtige Meldungen über beabsichtigte Putsch der Spartakisten in Weimar eingetroffen. Das Volkamt ist von Truppen besetzt. Auch das Telegraphenamt der Nationalversammlung hat eine ständige Wache erhalten. („Gen.-Anz.“)

Die Parteistärken in Oesterreich.

Wien, 18. Febr. (W. R. B.) Die endgültige Feststellung der Verteilung der Mandate ergab 70 Sozialisten und 64 Christlich-Soziale, 23 Deutschfreihöliche verschiedener Schattierung, 3 katholische Bauernblätter usw.

Wahlen.

Bern, 18. Febr. ag. Der Bundesrat wählte zum Vizkanzler französischen Junge Herrn Dr. Contat (Walds), Sekretär im Département des Jauern.

Bundesbahnen.

Bern, 18. Febr. ag. Die Generaldirektion und die ständige Kommission der S. B. beantragen dem Verwaltungsrat, zur vorzeitigen Beschaffung von Letztbeständen für die Elektrifizierung der S. B. zum Zweck der Wahrung bei der Belassung der Arbeitslosigkeit einen Kredit von 4,500,000 zu gewähren, unter der Voraussetzung, daß der Bund den Bundesbahnen einen angemessenen Beitrag an die Abschloßen der vorzeitigen Beschaffung der Bestandteile bewilligen werde.

Die Kohleneinfuhr.

Bern, 18. Febr. ag. Die Kohleneinfuhr betrug vom 1.—14. Februar 1919 aus dem rechtsrheinischen Deutschland 688, aus England 1924 und Frankreich 2584, aus dem linksrheinischen Deutschland 25,933, aus Oesterreich 140 Tonnen, total 30,866 Tonnen.

Unsere Kohleneinfuhr.

Bern, 18. Febr. Wie die Delegationsagentur erfährt, ist die deutsche Forderung, die Schweiz möge zur Einrichtung eines Kohlenverkehrs zwischen dem im Ruhrgebiet gelegenen Zechen und den Ruhrhäfen Eisenbahnmateriale und Personal stellen, von der Schweiz unzulässig in dem Sinne beantwortet worden, daß man dieses Eisenbahnmateriale nicht in die Ruhrgebiet schicken, sondern ausschließlich in Schiedsgericht zur Verfügung stellen wolle. Hiermit waren die deutschen Antistellen einverstanden. Die Einzelheiten des Verkehrs bilden gegenwärtig Gegenstand sachverständiger Besprechungen zwischen den verschiedenen Eisenbahnbahnen. Zur Abholung der Kohle, welche auf dem Rhein bis nach Mannheim transportiert werden soll, hat sich die Schweiz bereit erklärt.

Postordnung.

Bern, 18. Febr. ag. Der Bundesrat hat eine Abänderung der Postordnung beschlossen, der zufolge unter anderem für Adressierungs- und Rückzugsbegehren von Postgegenständen, die die Aufgabestelle noch nicht verlassen haben, für uneingeschriebene Postgegenstände keine Gebühr, für eingeschriebene Postgegenstände dagegen eine Gebühr von 10 Rp. erhoben wird. Ferner wird durch die abgeänderte Verordnung bestimmt, daß bei telegraphischen Post- und Zahlungsaufstellungen das Begehren um Einrückung von Telegrammen unmittelbar vor der Anweisungsbekanntmachung zu stellen ist: „Durch Postkarten“, wenn der Versender nur die Gelder von ihm zu entrichtende Eigengebühr bis 2 Rm. bezahlt hat und „durch vollbezahlten Postkarten“ wenn er die volle Einrückung über diese Entfernung hinaus bezahlt hat.

Der wirtschaftliche Abbau.

Bern, 18. Febr. ag. Am 18. Februar ist im Nationalratssaal eine vom Volkswirtschaftsdepartement einberufene und von 20 Delegierten industrieller und beruflicher Verbände besuchte wirtschafts-technische Konferenz eröffnet worden, welche über den Abbau der wirtschaftlichen Maßnahmen im Allgemeinen eine Aussprache bieten soll.

Ein internationales Schiedsgericht in Bern.

In Bern tagt zurzeit ein internationales Schiedsgericht. Es handelt sich, wie wir vernehmen, um einen Streitfall zwischen einer schweizerischen Bergwerks-Gesellschaft und der oesterreich-ungarischen Staatsverwaltung. Die schweizerische Gesellschaft befaßt und betrieb in Serbien Bleiminen, die bei der Ausrüstung dieses Landes durch die Truppen der Zentralmächte von der oesterreich-ungarischen Staatsverwaltung weiter ausgebaut wurden. Die schweizerische Gesellschaft verlangt infolgedessen eine Entschädigung von mehreren Millionen.

Gegen die Volkswirtschaftsantriebe.

Bern, 18. Febr. Vom Komitee zur Bekämpfung der Volkswirtschaftsantriebe sind bei der Bundeskanzlei 55,557 Unterschriften eingelangt, die vom Bundesrat energische Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung verlangen.

Beschriebene Meldungen.

Es werden Vorbereitungen getroffen, um dem Präsidenten Wilson bei seiner Ankunft in New-York einen großartigen Empfang zu bereiten.

Wien, 18. Febr. ag. (Wolff.) Die Polen hatten sich nicht an den Waffenstillstand. Der Volksrat in Warschau teilt mit: Obwohl der Waffenstillstand um 6 Uhr nachmittags begonnen hat, unternahmen die Polen in den Abendstunden heftige Angriffe gegen Sterne, Friedrichsweiler, Kaschau, wobei sie starke Artillerie verwendeten.

Berlin, 18. Febr. ag. (Wolff.) Der neue Reichswirtschaftskammerrat-Bischoff hat sein Amt angetreten.

Hamburg, 18. Febr. ag. (Wolff.) Der amerikanische Torpedogeschäftler „Roter“ ist heute hier eingelaufen. Der Kreuzer „Chester“ wird morgen erwartet.

Berlin, 18. Febr. ag. (Wolff.) Die außerordentliche Parteinamensliste der unabhängigen Sozialisten findet definitiv am 2. März statt.

Wien, 18. Febr. ag. (W. R. B.) Der ungarischen Volk“ zufolge fand gestern nachmittag eine Konferenz des Staatssekretärs Bauer, Staatssekretär Kemner, und anderer Staatssekretäre mit dem ungarischen Finanzminister Szende bezüglich der Währungsfragen statt.

Washington, 18. Febr. ag. (A. E.) Die Demission des Senators Champ hat großes Bedauern erregt.

Für die Redaktion verantwortlich: Jos. Pauchard; Dr. Fr. Wäger.

